



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

383 (27.8.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-193033](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-193033)

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: In Mannheim u. Umgebung monatl. einchl. R. 1.00 für Einzelhefte u. Einzelbeilagen. **Einzelhefte:** R. 0.10. **Einzelbeilagen:** R. 0.10. **Postzuschlag:** R. 0.10. **Abonnement:** R. 10.00. **Abonnement mit Postzuschlag:** R. 11.00. **Abonnement mit Postzuschlag und Steuerzuschlag:** R. 12.00. **Abonnement mit Postzuschlag, Steuerzuschlag und Auslandszuschlag:** R. 14.00. **Abonnement mit Postzuschlag, Steuerzuschlag, Auslandszuschlag und Porto:** R. 15.00. **Abonnement mit Postzuschlag, Steuerzuschlag, Auslandszuschlag, Porto und Versicherung:** R. 16.00. **Abonnement mit Postzuschlag, Steuerzuschlag, Auslandszuschlag, Porto, Versicherung und Anzeigen:** R. 17.00. **Abonnement mit Postzuschlag, Steuerzuschlag, Auslandszuschlag, Porto, Versicherung, Anzeigen und Druckkosten:** R. 18.00. **Abonnement mit Postzuschlag, Steuerzuschlag, Auslandszuschlag, Porto, Versicherung, Anzeigen, Druckkosten und Porto:** R. 19.00. **Abonnement mit Postzuschlag, Steuerzuschlag, Auslandszuschlag, Porto, Versicherung, Anzeigen, Druckkosten, Porto und Porto:** R. 20.00.

Badische Neuzeit Nachrichten

Einzelhefte: R. 0.10. **Einzelbeilagen:** R. 0.10. **Abonnement:** R. 10.00. **Abonnement mit Postzuschlag:** R. 11.00. **Abonnement mit Postzuschlag und Steuerzuschlag:** R. 12.00. **Abonnement mit Postzuschlag, Steuerzuschlag und Auslandszuschlag:** R. 14.00. **Abonnement mit Postzuschlag, Steuerzuschlag, Auslandszuschlag und Porto:** R. 15.00. **Abonnement mit Postzuschlag, Steuerzuschlag, Auslandszuschlag, Porto und Versicherung:** R. 16.00. **Abonnement mit Postzuschlag, Steuerzuschlag, Auslandszuschlag, Porto, Versicherung und Anzeigen:** R. 17.00. **Abonnement mit Postzuschlag, Steuerzuschlag, Auslandszuschlag, Porto, Versicherung, Anzeigen und Druckkosten:** R. 18.00. **Abonnement mit Postzuschlag, Steuerzuschlag, Auslandszuschlag, Porto, Versicherung, Anzeigen, Druckkosten und Porto:** R. 19.00. **Abonnement mit Postzuschlag, Steuerzuschlag, Auslandszuschlag, Porto, Versicherung, Anzeigen, Druckkosten, Porto und Porto:** R. 20.00.

Die innere Lage.

Die Eoderung der Staatsautorität.

Der vorläufige Ausgang der Verhandlungen in der Frage der Transportkontrolle zeigt, daß bei diesen Verhandlungen die Reichsregierung einer Selbständigkeitsbelastung ausgesetzt war, der sie sich nicht gewachsen gezeigt hat. Ausgehend von der trügerischen Absicht, die Neutralität Deutschlands zu wahren, haben die radikalen Eisenbahnerverbände nach und nach mit Unterstützung von sozialdemokratischen, unabhängigen und kommunistischen Parteigrößen die ganze Angelegenheit auf das rein politische Gebiet hingezogen und sich durch die Einsetzung von Ueberwachungs-ausschüssen eine Stellung angeeignet, die der Autorität der Regierung einen schweren Stoß verleiht. Die kürzlich in der „Roten Fahne“ veröffentlichten Aufrufe der Kommunisten zur Bildung von politischen Betriebsräten und die in dieser Angelegenheit vorläufig noch recht ungeklärte Haltung der Unabhängigen zeigen, worauf die ganze Aktion hinauslaufen soll: auf eine Revolutionierung der bestehenden Verhältnisse von innen heraus, indem man sich der wichtigsten Verkehrsinstanzen, der Eisenbahn und der Post, zu bemächtigen sucht. Dann einem Aufruf der radikalen Post- und Steuerbeamtenverbände zufolge sucht man auch die Postbeamten zu ungeheuerlichen Kontrollmaßnahmen zu verleiten. Selber hat sich die Regierung bei dem Fall auf dem Stettiner Bahnhof in Berlin und bei den Verhandlungen schwach gezeigt, und damit ist eine Eoderung der Staatsautorität tatsächlich schon vorhanden, deren Folgen, wenn nicht von maßgebender Seite entschieden vorgegangen wird, unabsehbar sein müssen. Daß die Regierung hierbei die Unterstützung der besonnenen Elemente der Eisenbahner haben wird, geht aus dem heute veröffentlichten Aufruf des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes hervor.

Die Erbitterung im Lande über die schwächliche Haltung der Regierung ist bereits sehr groß, und weite Kreise, gerade der Deutschen Volkspartei, verlangen, daß die Regierung sich möglichst bald entscheide, die fallengelassenen Fäden wieder in die Hand zu nehmen. Es handelt sich nicht nur um eine Prestigefrage der Staatsautorität, sondern auch um eine Angelegenheit von nationaler und volkswirtschaftlicher Bedeutung. Schon jetzt befinden sich in Ostpreußen nahezu 80 000 über die Grenze getretener Russen aus der Roten Armee; die Gefahr bolschewistischer Agitation besteht bereits, sowie die Möglichkeit der Bereubung und Brandstiftung des Landes durch diese, jeht aller Disziplin entledigten asiatischen Horden. Gelingt es der Sicherheitswehr nicht, dieser Banden Herr zu werden, wozu es einer ausreichenden Unterstützung durch Waffen und Munition bedarf, so kann sich jeder die Folgen dieses Zustandes für ganz Deutschland leicht ausmalen. Die ganze Agitation der radikalen Eisenbahner und Postbeamten läuft letzten Endes auf die Entaffung der Reichswehr und Sicherheitspolizei, die Entaffung des Staates, aus, und zählt man dazu die voraussetzliche Erfolglosigkeit, die das Entaffungsgeschehen in den radikalen Kreisen haben wird, so ist der Zeitpunkt leicht zu errechnen, wo sich die Regierung und alle ordnungsliebenden Elemente dem bewaffneten, radikalen Proletariat wehrlos gegenüber befinden. Die Regierung ist gewarnt, sie muß handeln.

Eine Rundgebung der Deutschen Volkspartei Bommerns.

Der Vorstand der Deutschen Volkspartei Bommerns trat am 25. August unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Dr. Mittelmann zu einer Sitzung in Stettin zusammen, um zu den Vorkommnissen der letzten Zeit Stellung zu nehmen.

Ausgehend von der Not Oberschlesiens wurde verurteilt, daß die Reichsregierung anscheinend tatenlos zusehe, daß ein Gebietsteil nach dem anderen von den Polen verzwängt wird. Wenn die Auslösung der Souveränität über Oberschlesien zur Zeit auch der Entente zusteht, so handelt es sich doch um ein deutsches Land, das unter allen Umständen geschützt werden muß. Sollte die Entente zu einem solchen Schutze nicht in der Lage sein, dann müßte mit eigenen Mitteln der dem Friedensvertrag von Versailles hochsprechende polnische Zugriff abgewartet werden. Gegenüber den in den ehemaligen preussischen Provinzen Polens einziehenden Deutschenverhältnissen aber seien härteste Gegenmaßnahmen in Anwendung zu bringen.

Einen Gegenstand weiterer ernster Sorge bildet die Tatsache, daß über die Ausführung von Anordnungen der Reichsregierung mit den für Ausführung verpflichteten Beamten und sogar mit Vertretern der E. P. D. und U. E. P. D. verhandelt worden ist. Wenn nicht weiter auf dieser abschüssigen Bahn, die zur völligen Ertüchtigung der Staatsautorität und zur Aufrechterhaltung der Ertüchtigung des Proletariats führt, hinabgeglitten werden soll, dann ist unbedingt eine Abkehr von den bisherigen Methoden unabwendbare Pflicht. Die Deutsche Volkspartei will mit der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes Arbeit, Ruhe, Ordnung und Sicherheit, was nur durch eine starke Staatsautorität gewährleistet werden kann. Der Schwerpunkt des innerpolitischen Handelns sei darin zu erblicken, daß in Preußen die lästige überständliche Landesversammlung noch immer besteht und, auf sie gestützt, eine Regierung, die in ihrer radikalen Zusammenfassung beunruhigendsten Maßnahmen und Befehle der Reichsregierung durchführt. Angesichts der unerhörten Zustände, die sich infolge des einseitigen Parteiregiments in Preußen herausgebildet haben, müßte die Reichsregierung Mittel und Wege finden, um eine abschließende Ausschreibung der preussischen Landesparlamenten herbeizuführen.

Von den Vertretern der Deutschen Volkspartei in der Reichsregierung wurde erwartet, daß sie mit aller Entschiedenheit auf Beseitigung der gekennzeichneten Mißstände dringen und jeder weiteren Ertüchtigung der Staatsautorität unbedingten Widerstand entgegenstellen. Auf keinen Fall dürfe eine weitere Ertüchtigung der Staatsautorität mit dem Namen der Deutschen Volkspartei geduldet werden, auf die weite Teile des deutschen Volkes bei den Wahlen am 6. Juni die größte Hoffnung gesetzt hätten.

Die Entaffung.

Reichspräsident Ebert hat wieder einmal einen „Aufruf an das deutsche Volk“ erlassen; es ist aber kein erhebender Gedanke, der ihm zugrunde liegt, sondern ein niederdrückender. Denn es handelt sich um die Entaffung der Bevölkerungs, zu der wir, wie der Aufruf betont, durch den Friedens-

vertrag und die Vereinbarungen von Spa gezwungen sind. Aber nicht nur eine neue Schmach bedeutet die Aktion zur Entaffung, sondern auch eine neue Gefahr für Deutschland. „Unabsehbar“, so sagt Präsident Ebert, „sind die Folgen, wenn die Entaffung nicht gelingt.“ Er denkt dabei wohl zunächst an die Folgen der Entente gegenüber. Nach den Verpflichtungen, die unsere Regierung in Spa übernommen hat, ist die Befreiung weiterer deutscher Gebiete durch den Feind unvermeidlich, wenn die Regierung nicht den Mut aufweist, mit fester Hand die bewaffneten linksradikalen Organisationen, die kommunistischen Kampfgruppen von ihrem offenen Widerstande gegen das Entaffungsgesetz abzubringen. Die Kapitulation der Regierung vor den widerständlichen Eisenbahnern in Sachen der Waffentransporte läßt das Schlimmste befürchten. Wie sie hier „Vertretern der organisierten Arbeiterschaft“ das Recht der Nebenregierung, ja der Aufsicht über die verfassungsmäßige Reichsgewalt eingeräumt hat, so wird sie sich voraussichtlich auch in der Entaffungfrage vor dem terroristischen Radikalismus beugen. Und das Wort Eberts muß dahin ergänzt werden, daß die Folgen noch unabsehbarer sind, wenn die Entaffung in falscher Weise, wenn sie nicht gleichmäßig und unparteiisch vorgenommen wird. Der Angelpunkt, um den sich hier alles dreht, muß der Grundfah sein, daß derjenige, der die Waffe nur zur Verteidigung gegen drohende Gefahr, nur in der Notwehr in der Hand hat, nicht eher wehrlos gemacht werden darf, bis alle diejenigen entwaffnet sind, die sich zur Ausübung von Gewalt Waffen verschafft haben. Um diesen Grundfah möglichst zu sichern, haben die deutschnationalen Vertreter im Beirat zur Ausführung des Entaffungsgesetzes dafür gefordert, daß in die Ausführungsbestimmungen der Satz aufgenommen ist: „Für einzeln liegende Geschäfte und Gemeinden sind vor ihrer Entaffung die zu ihrem Schutz erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“ Aber so selbstverständlich diese Bestimmung sein sollte, die beiden sozialdemokratischen Parteien stimmten dagegen und verrieten somit ihre Hintergedanken. Und auch der Reichskommissar für Entaffung, Dr. Peters, hat in Ausführungen zu Pressevertretern sofort in dieser Beziehung abgeminkt, indem er betonte, er habe gegen diese Bestimmung die schwersten Bedenken, er sei damit aber nicht durchgedrungen. Es scheint also fast, als wolle der Reichskommissar die Beschlüsse des Beirats sabotieren, wo sie nicht nach dem Willen der Vinten sind. Ueberhaupt kann das System, nach dem Dr. Peters arbeiten will, nicht viel Vertrauen erwecken. Anstatt sofort da zuzugreifen, wo zu Umsturzgeden und Gewalttaten Waffenlager angehäuft sind, anstatt die Aktion mit einem einschließlichen Vorgehen gegen die Hochburgen der kommunistischen Organisationen zu eröffnen, gibt er zunächst eine Frist bis zum 15. September, bis zu der man von jener Seite noch mancherlei zum Mißbrauch oder zur Befestigung der Waffenvorräte unternehmen kann. Und dann setzt ein wertwürdiges System von Prämien für Ablieferung und sogar für Denunziationen ein, das mehr als bedenklich ist. Allerdings leben wir ja jetzt, seit der glorreichen Revolution, in einer Zeit der unwürdigen Korruption und der widerlichsten Verdächtigungslust; aber daß man in solcher Weise die häßlichsten Instinkte direkt nährt, das ist ein Vorgehen, wie es in Deutschland nicht möglich sein sollte. Und man kann sich dabei obendrein des Gedankens nicht erwehren, daß auch hierin eine Begünstigung derjenigen Elemente liegt, gegen die man mit Schärfe nicht vorgehen magt. Jedenfalls bekommt dadurch die ganze, ohnehin so unerfreuliche Entaffungfrage ein sehr böses Aussehen. Und Präsident Ebert hat wohl recht, wenn er in seinem Aufruf davon spricht, es drohe die Gefahr, daß das Vaterland in neue schwere Notstände gestürzt werde. Leider hat man nicht den Eindruck, als ob die Regierung Unbefangenheit und Kraft genug aufbringt, um diese Gefahr da rechtzeitig zu begegnen, wo sie ihren eigentlichen Sitz hat. Und schließlich das nicht, so gibt allerdings das Wort: Unabsehbar sind die Folgen, wenn die Entaffung nicht gelingt!

Der interviewte Außenminister.

Die Nationalliberale Korrespondenz schreibt: Die „Baseler National-Zeitung“ bringt Mitteilungen über eine Unterredung ihres Auslandsredakteurs mit dem deutschen Außenminister Dr. Simons, die nur mit der größten Vorsicht zu genießen sind. Es scheint uns hier ein Versuch der Entente gefälligen Auslandspresse vorzuliegen, den Minister Dr. Simons, der seit der Revolution der einzige deutsche Minister gewesen ist, der den Wünschen der Entente nicht ohne weiteres bereitwillig gehorcht hat, in weiten Kreisen Deutschlands zu verächtlichen. So scheint die Bemerkung des Dr. Simons, daß Deutschland gegebenenfalls gegen Polen marschieren werde, darauf berechnet zu sein, die linksgerichteten Kreise gegen ihn scharf zu machen. Weiterhin liegt in der angeblichen Äußerung, ein Ruß nach rechts würde wahrscheinlich das Zentrum zur Schwendung veranlassen, und die Deutsche Volkspartei sprengen, offensichtlich der Versuch, die Bemühungen der Deutschen Volkspartei, einen stärkeren Einfluß auf die Regierung auszuüben, zu hintertreiben. In den rechtsgerichteten Kreisen soll Stimmung gegen Dr. Simons fernerhin dadurch erweckt werden, daß er gesagt haben soll, Erzbergers Rolle sei noch nicht beendet und die Kontrolle der Mehrheitssozialisten erscheine ihm unerlässlich. Der Einfluß des Abgeordneten Stinnes von der Deutschen Volkspartei wird beklammlich im Ausland vollkommen überschätzt — auf Grund welcher Hezereien deutscher Kreise weiß man so allzu gut — und um diesen Mann und seine Anhänger zu oerärtern, wird Herr Simons die Äußerung in den Mund gelegt, Stinnes betreibe seine wirtschaftlichen Unternehmungen, besonders in der Presse, nicht um des Ertrages willen, sondern um an der Macht zu bleiben und sich zu behaupten. Wir glauben nicht, daß Dr. Simons derartige Äußerungen wirklich getan habe; sie stehen sich z. B. bezüglich Stinnes durchaus nicht mit dem vereinbaren, was Simons über die Notwendigkeit und die Bedeutung von Stinnes Mitarbeit in Spa gesagt hat. Wir erwarten, daß Dr. Simons sobald als möglich die mischverständlichen Äußerungen des Auslandsredakteurs der „Baseler National-Zeitung“ richtig stellen wird.

Die Ausschreitungen in Breslau.

Ein Aufruf des Oberpräsidenten.

Breslau, 27. Aug. (W.B.) Der kommissarische Oberpräsident von Niederschlesien erläßt folgenden Aufruf:

An die Einwohner Breslaus: Im Anschluß an die gellwige Demonstrationssammlung auf dem Schloßplatz haben unkontrollierbare Elemente das polnische und das französische Konsulat gestürmt und beschädigt und weiter in verschiedenen Stadtteilen verzwängt, lästliche Geschäfte zu plündern sowie fremdländische Offiziere zu belästigen. Diese Vorgänge sind geeignet, der Reichsregierung außerordentliche Schwierigkeiten zu bereiten. Ich bitte die Einwohner Breslaus dringend, solche und ähnliche Ausschreitungen zu verhindern. Es sind Vorkehrungen getroffen, um das Leben und das Eigentum zu schützen sowie Ausschreitungen nachdrücklich zu unterdrücken.

Strenge Untersuchung.

□ Berlin, 27. August. (Von unserem Berliner Büro.) In Breslau haben sich seit ein paar Wochen viele Flüchtlinge aus Oberschlesien zusammengefunden, die den Breslauer Volksgenossen ihre Not klagen. Man stand auf der Straße, es bildeten sich Gruppen, einige Oberschlesier hielten Reden, das alles hat die Erregung der Bevölkerung geschürt. Es kam zu dem Sturm auf die Konsulate, wodurch der Reichsregierung wieder unendliche Schwierigkeiten bereitet werden. Einzwischen befindet sich der französische Konsul unter dem Schutze des Oberpräsidenten. Die Vorgänge werden natürlich von amtlicher Seite streng untersucht werden, und es ist klar, daß von seiten der Regierung alles geschehen wird, was geschehen muß.

Die passive Haltung der Franzosen.

□ Berlin, 27. August. (Von unserem Berliner Büro.) In Oberschlesien ist die Lage nach wie vor sehr kritisch. In Koblenz ist eine erhebliche Besserung festzustellen, dank dem guten Verhalten der italienischen Truppen, die sehr energisch die Entaffung durchführen. Die Bewegung hat auch auf den Kreis Groß-Strehlitz übergegriffen, ebenfalls auf den Kreis Oppeln. Der Kreis Gletwitz zeigt dasselbe Bild. Es ist nirgends, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, festgestellt worden, daß die Franzosen aktiv eingegriffen haben, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Die obereschlesische Bevölkerung wird nach wie vor besonnen und in den Händen ihrer Führer bleiben müssen, um die Lage nicht noch schwieriger zu gestalten, als sie es jetzt schon ist. Die Reichsregierung wird alles tun, was in ihrer Macht steht, aber ihr sind die Hände gebunden. Immer wieder wird darauf hingewiesen, daß das schnelle Anwachsen des Aufstandes nur auf die passive Haltung der Franzosen zurückzuführen ist.

Ein Zusammenstoß in Oppeln.

Breslau, 27. Aug. (W.B.) Aus Oppeln wird gemeldet: Gestern trafen hier Haller-Soldaten in Zivil ein. Sie wurden von den hier weilenden 5000 Flüchtlingen aus Bogoschütz erkannt. Zwischen den Haller-Soldaten und den Flüchtlingen kam es zu Schlägereien, wobei französisches Militär die Haller-Soldaten in Schutz nahm und sich auch der Verhaftung des Anführers der Haller-Soldaten durch die Sicherheitspolizei widersetzte und die Polen nach dem Bahnhof geleitete. Als darauf die Menge den Bahnhof zu verlassen versuchte, zog ein französischer Offizier seinen Revolver. Es gelang jedoch, den französischen Offizier in Begleitung mehrerer französischer Soldaten in seine Wohnung zu bringen. Der Führer der Haller-Soldaten wurde auf die französische Hauptwache gebracht.

Berlin, 27. August. (Pr.-Tel.) Die polnische Regierung bestreitet nach dem „Vorwärts“, polnisches Militär nach Oberschlesien geschickt zu haben. Der polnische Generalstab gibt es aber zu und erklärt, die Entsendung sei nur zum Schutze der dortigen Polen erfolgt. Man stelle sich vor, was uns angetan worden wäre, wenn etwa deutsches Militär beschränkter Weltkrieg gefährlich werden, wenn der Glaube entchwände, daß bei der Bekleidung die Bedrohung und Vernichtung von deutschem Leben und deutschem Gut geringer bewertet werde als anderes.

Der Hauptausbruch des Deutschen Ostmarkenvereins sahte zu den Vorgängen in Oberschlesien eine Entschleunigung, in der es heißt: Um mit den Schwierigkeiten in Oberschlesien zu Ende zu kommen, muß die Volksabstimmung baldmöglichst stattfinden.

Ruhlands Friedenswille.

Paris, 26. Aug. (W.B.) Nach einer Matinmeldung aus London ist gestern abend spät die Antwortnote der Sowjetregierung auf die Note Balfours bei Ramenow und Krasin eingetroffen. Obwohl die Antwort noch nicht vollständig bekannt geworden ist, glaubt man aber, daß sie im großen und ganzen den englischen Wünschen soweit entgegenkommt, daß sie die Möglichkeit zu Verhandlungen bietet.

□ Paris, 27. August. (Pr.-Tel.) Der „Matin“ meldet aus London: Die Sowjetregierung gab dem Ultimatum, das Balfour an sie gerichtet hat, nach. Die bis Freitag erbetene Antwort traf bereits gestern nachmittags in London ein und wurde von Ramenow und Krasin überreicht. Obgleich der vollständige Text der englischen Regierung noch nicht übermittelt wurde, weiß man doch schon, daß die Sowjetregierung auf die Klausel, die von Polen verlangt, daß eine aus 200 000 Arbeitern bestehende Miliz gebildet werde, verzichtet. Die „Chicago Tribune“ schreibt, es habe den Anschein, als ob die Sowjetregierung ernstliche Friedensverhandlungen mit den Polen in Warschau wünsche. Aus dem drahtlosen Telegramm geht hervor, daß die Russen wünschen, mit den Polen allein und direkt zu verhandeln und auch

nicht zugeben wollen, daß eine andere Macht irgendwelche Bedingungen diktiert.

Paris, 26. Aug. (WB.) Nach einer Meldung des Petit Parisien ist der Vorsitzende der polnischen Friedensdelegation in Warschau nach Paris zurückgekehrt, um mit der polnischen Regierung darüber zu verhandeln, ob die Friedensverhandlungen nach Warschau verlegt werden können.

Die Friedensvermittlung der englischen Arbeiterpartei.

London, 27. Aug. Das Aktionskomitee der Arbeiterpartei sandte am Donnerstag Abend an Lloyd George, Balfour und Kamenew folgendes Telegramm:

Das Aktionskomitee, das die russische Regierung vorantreibt hat, den einzigen Punkt ihrer Bedingungen, dem die britische Regierung Widerstand entgegenstellt, lassen zu lassen, nimmt mit Befriedigung wahr, daß die Sowjetregierung, dem Ansuchen des Aktionskomitees entsprechend, alle Hindernisse, die einem Frieden zwischen Rußland und Polen entgegenstehen haben, beseitigt hat.

Die Entladung der Munition in Danzig. Paris, 26. Aug. (WB.) Der Times-Korrespondent berichtet aus Danzig, daß sich die Entladung der Munition, welche durch französische Matrosen vorgenommen wird, bisher ohne Zwischenfälle vollzogen habe.

Belgien genehmigt Munition und Truppentransporte für Polen. Brüssel, 27. Aug. (WB.) Ein Mitglied der Regierung erklärte einem Redakteur des Blattes Libre Belgique, daß angesichts der augenblicklichen Sachlage die Regierung binnen kurzem die Munition und Truppentransporte für Polen genehmigen werde.

Die Bewegung in Irland.

Paris, 26. Aug. (WB.) Der diplomatische Delegierte der irischen Republik in Paris hat, wie der Petit Parisien berichtet, einen Brief an den Ministerpräsidenten Millerand gerichtet, in welchem er den Ministerpräsidenten ersucht, zu veranlassen, die französische Regierung möchte bei der englischen Regierung zugunsten Irlands vermitteln.

London, 27. Aug. (Havas.) Amisch. Der erste Staatssekretär für Irland ist nach Luzern abgereist, um mit Lloyd George zusammenzutreffen. Es entspricht aber nicht der Tatsache, daß seine Reise wegen Unstimmigkeiten des Kabinetts mit der britischen Verwaltung erfolgt ist.

London, 26. Aug. (WB.) Der Neffe des bekannten früheren Treasurers Redmond richtete an den König das telegraphische Ersuchen um Begnadigung des Bürgermeisters von Cork. Die Regierung hat ihm jedoch mitgeteilt, daß sie ihre Haltung nicht geändert habe.

Deutsches Reich.

Simons in München.

München, 27. Aug. (Priv.-Tel.) Die „Korrespondenz Hoffmann“ meldet: Reichsminister Dr. Simons hatte bei seiner Rückreise aus der Schweiz eine Begegnung mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Kaahr. Es fand hierbei zwischen beiden eine eingehende Besprechung der wirtsch. und innenpolitischen Lage statt.

Anfrage wegen der Lohnabzüge.

Die Abgg. Dr. Becker (Hessen), Kempter und Dr. Duack (Deutsche Volkspartei) haben folgende Anfrage eingebracht:

Der Lohnabzug, wie ihn der Arbeitgeber nach den Vorschriften des Reichslohngesetzes für steuerliche Zwecke vorneh-

men muß, hat zu all den Schwierigkeiten geführt, die bei Entlassung des Arbeitnehmers vorkommen und die mituntergeordneten Abgeordneten Becker und Kempter veranlaßt, in der Reichstagsversammlung gegen die betreffende Vorschrift zu stimmen.

Die Aussperrung in Württemberg. Stuttgart, 27. Aug. (Priv.-Tel.) Der zweite Tag der Aussperrung ist ruhig verlaufen, Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

München, 27. Aug. (Priv.-Tel.) Die angekündigte Reise des Sozialministers Oswald in die Rheinpfalz ist für die nächste Woche in Aussicht genommen.

München, 27. Aug. (Priv.-Tel.) Seit etwa 8 Tagen weilt in München eine deutsch-österreichische Deputation, die mit Bayern über wirtschaftliche Fragen und über noch aus der Vorkriegszeit bestehende Verträge verhandelt hatte.

Düsseldorf, 27. Aug. (Sig. Dea.) Auf Veranlassung der Interalliierten Schiffahrtskommission wird bekannt gegeben, daß bis zum 27. September französische Prählenbatterien auf dem Rhein bei St. Goar abhalten und eine Transportstraße errichten.

Baden.

Reichsfinanzminister v. Kaumer in Karlsruhe.

Karlsruhe, 27. Aug. (W. B.) Die Presseabteilung des Reichsfinanzministeriums teilt mit: Reichsfinanzminister v. Kaumer hat am gestrigen Tag, vormittags in Begleitung des Staatssekretärs Salcher dem hiesigen Staatspräsidenten einen Besuch abgeleistet.

Die Tageslohnmenge von Weiz und der Ausschlag.

Karlsruhe, 27. Aug. (Priv.-Tel.) Die „Korier. Ztg.“ teilt mit, daß die Tageslohnmenge von Weiz und der Ausschlag nach Mitteilungen des Direktoriums der Reichsgelbstelle vom 9. August vorläufig unverändert bleibt.

Keine Entschädigung für Kartoffeln.

Karlsruhe, 27. Aug. (Priv.-Tel.) Nachdem die Freilassung der Wirtschaft mit Spätkartoffeln beschlossen ist, ändert, wie die „Korier. Ztg.“ amtlich mitteilt, eine Entschädigung für Kartoffeln in diesem Jahre nicht statt.

Der Mann mit den sieben Masken.

Roman von Erich Büffler.

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Ich kann nicht alle Einzelheiten, die wie aus der Feder schossen und mein Auge fast verwirrten, heute mehr aufzählen.

Vor den prachtvollen Katernen aus Granit und Basalt sah ich in einem schroffen gehaltenen Relief einen guten Bekannten, den preußischen Hauptmann von Rüpenst, einen toten Juchthäuser in gestirter Offiziersuniform, mit gezücktem Säbel eine Schar mutiger Soldaten anführen.

Schließlich kam ich in einen auf der Höhe gelegenen Stadtteil. Ein zwölftähriges schönes Mädchen sagte mir, er heiße die Verkörperung.

Bewundert machte ich an einem Trümmerhaufen halt, der eine gewisse künstlerische Ordnung zeigte.

Unter gebrochenen Säulen und Bogen lagen Gefäße und Statuen. Eine gebortene Artemis glaubte ich deutlich zu erkennen. In einem noch nicht gestürzten Bogen las ich in goldenen Buchstaben: Herofrat. Er hatte den berühmten Tempel von Ephesus in Brand gelegt, nur um seinen Namen auf die Nachwelt zu bringen.

Eine Marmorstatue zeigte in einiger Entfernung den genialen Benvenuto Cellini; er hielt den gezückten tropfenden Dolch in der Hand. Am Sockel prangten die Worte des Papstes: Wisset, daß Männer wie Benvenuto, die einzig in ihrer Kunst sind, sich an die Fesseln nicht zu binden brauchen.

Die bekannte Geste des von Drest und Oedipus erhobenen sich am Fuße einer hohen blendendweißen Marmortreppe. Drest schreute, das Jopier in der Hand haltend, mit machtvoller Gebärde die Ernteten von sich. Oedipus, der Rätselräuber und Spühnbezwinger, der Vatermörder und Mütterhänder, schaute, in eine Felsenpalte sanft zurücksinkend, mit verklärten Blicken zum Himmel.

Ich stieg die Stufen, die nicht enden wollten, hinauf. Die Marmorglatte verfangsante meine Schritte; ich zählte der Stufen über fünfzehnhundert.

Ganz oben, aus der Tiefe nicht zu bemerken, ragte eine Kolossalfigur — Herakles. Ich erkannte ihn sofort.

Die Wahrzeichen seiner Heldentat, die Keule, das Löwenfell, die Schlange der Hölle, der befreite Prometheus, die Äpfel der Hesperiden, Atlas mit der Himmelskugel hielten seine Taten.

Als ich in seine herrlichen und doch tiefsten Augen sah — das schmerzhafteste Resusgewand riß er ab, hinter ihm

loderte der Scheiterhaufen — begriff ich mit einem Male die Verkörperung seiner Seele.

Dem unsterblichen Weltwanderer und Weltlöser malte sich die Auflehnung gegen die Götter auf der hohen Stirn.

Daß seine zwölf Arbeiten Aufgaben der Darstellung gewesen waren, in denen er sich ausgelebt hatte, wurde mir ganz klar. Seine Beutestücke lagen wie Masken und Zierrat eines Nummenhanges um ihn her.

Wie ich ergreifen zu ihm auf sah, wurde die tiefe Stimme eines Unsterblichen vernommen, die sagte: Sei willkommen, Niklas Görtli, in der Stadt des blendenden Scheins und an der Stätte der Verkörperung!

Ein Knabenchor jauchzte dazwischen: „Sei willkommen!“ und die tiefe Stimme fuhr fort: Du bist deinen Weg, den ich dir vorgezeichnet habe, gewandelt! Wir ab deine irdische Schwere und tritt zu uns Glückseligen ein. Ich sehe dich von allem, was die unsterblichen Menschen dir vorgeworfen haben. Deine göttliche unsterbliche Seele ist gut und rein, du bist meinem großen Befehle, das sie nicht verstoßen, getreu gewesen — Sei gegrüßt!“

Am Schluß des langen, teils mit merkwürdig großer, teils mit kleiner Schrift auf zackigen schiefen Jellen geschriebenen Berichtes fand ich noch die Nachschrift: „Nun bin ich glücklich zu Ende gekommen, Herr Staatsanwalt. Das war mein schönster Traum!“

Dreihundzwanzigstes Kapitel.

Der Staatsanwalt hatte seine Anklage erhoben. Der Tag der Hauptverhandlung nahte heran. Görtli war eigentlich in vollem Umfange geländig; seine Beurteilung zu einer empfindlichen Strafe konnte nicht ausbleiben.

Daß Fräulein von Bathory sich im letzten Augenblicke ihrer Zeugenschaft entzog, vernachlässigte den Erfolg nicht zu gefährden. Die Polizei meldete, daß sie plötzlich abgereist sei, niemand wußte, wohin.

Gleichwohl kam über Doktor Sperl, je näher die so lange und sorgfältig vorbereitete Entscheidung rückte, eine merkwürdige nervöse Unruhe.

Er machte einen abgearbeiteten Eindruck, sein Gesicht war eingefallen, im Verkehr mit den Kollegen war er zurückhaltend, fast misstrauisch, im Verhalten gegen die Unterbeamten launisch und gereizt.

Ueber sein Privatleben verlautet, daß er ganze Nächte nicht nach Hause kam und seine alte Mutter, eine Finanzdirektorswitwe, in Sorge, ja in Besorgnis versetzte, weil sie den jählich geliebten einzigen Sohn in seiner Veränderung nicht wiederzuerkennen glaubte.

Letzte Meldungen.

Das Schicksal von Eupen und Malmedy.

Paris, 26. Aug. (WB.) Nach einer Meldung aus Brüssel wird der Rat des Völkerbundes am 15. September in Paris eine Sitzung abhalten, um über Eupen und Malmedy zu beraten. In dieser Sitzung soll über das Ergebnis der sogenannten Volksabstimmung entschieden werden.

Schmachvolle Behandlung deutscher Auswanderer.

München, 27. Aug. (WB.) Die „Mündener Neuesten Nachrichten“ berichten über einen Fall schmachvoller Behandlung deutscher Auswanderer, die am 19. April München verließen. Bei der Ueberfahrt nach Buenos Aires erhielten sie ungenießbares Essen. Das Schlimmste war die Behandlung, namentlich durch den Schiffszug. Die Deutschen wurden willkürlich nach Waffen durchsucht und ihnen sogar die Taschenmesser abgenommen.

Die Uebertritte hören auf.

Berlin, 27. August. (Von unserem Berliner Büro.) An der ostpreussischen Grenze hat sich die Lage wesentlich geändert. Die Uebertritte haben einstweilen aufgehört. Das Oberpräsidium von Königsberg meldet, daß die Zahlen der übergetretenen Russen übertrieben seien. Es befinden sich bis jetzt nur etwa 30000 auf deutschem Boden, die nach dem Innern Deutschlands transportiert werden.

Englands Einfluß in Transkaukasien.

Konstantinopel, 27. Aug. (WB.) Durch Junkspruch wird geteilt: Die Kommission der georgischen Republik ist Samstag an Bord eines russischen Zerstörers von Batum in See gegangen, um sich nach London zu begeben, wo Verhandlungen stattfinden sollen, auf Grund welcher der britischen Regierung wichtige Handelskonzessionen übertragen werden sollen. Mehrere Konzeptionen umfassen auch die Gewinnung von Petroleum in Georgien. England erhielt bereits die Konzession für den Bau der Eisenbahn von Batum nach Georien. Die Amerikaner stehen auch bereits in Unterhandlungen mit britischen Interesses, um diesen den Bau der geplanten Eisenbahnlinie nach Tiflis zu übertragen. Durch diese Linie wird ein kürzerer Reisezweg nach Persien und Indien geschaffen werden.

Neuerliche Lage der Extremisten in Frankreich.

Paris, 27. Aug. (WB.) Die Extremisten haben eine neuerliche Niederlage erlitten. Das Hauptkomitee der Gewerkschaftsunion an der Seine hielt am Donnerstag eine Sitzung ab und billigte die Haltung der Union gegenüber den Kriegsdrohungen, die sich aber dem Rat der Extremisten-Komitees gegen die systematische und tyrannische Obstruktion der Extremisten, die immer mehr danach trachten, die Arbeitslosigkeit künstlich zu machen, angegeschlossen. Des weiteren hat das Komitee angeordnet, daß die Mitglieder der Kontrollkommission ihrem Auftrage nicht nachgekommen sind, beschloßen, dieselben durch Reformisten zu ersetzen.

*

Dessau, 27. Aug. (WB.) Wie bereits gemeldet, hat sich ein großer Teil der Ausstellung der Technischen und Baugesellschaft, auch noch zur Allgemeinen Mustermesse ausgewickelt, um aus der Belebung des Geschäfts Nutzen zu ziehen. Von sieben Hallen des technischen Ausstellungsgeländes sind sechs Hallen nahezu ganz an technische Aussteller für die Allgemeine Mustermesse am 4. September vermietet, während die siebente Halle signalmäßig durch die Schutz- und Bedermesse belegt wird. Der Verein der Werkzeugfabrikanten hatte von vornherein seine Ausstellung für beide Messen vorgesehen.

Berlin, 27. Aug. (Priv.-Tel.) Nach der Germania wird in einigen Kreisen der Gedanke lebhaft erörtert, eine neue christliche demokratische Volkspartei zu gründen, als deren Hauptstod die christlichen Gewerkschaften zu gelten hätten.

Marietta, 26. Aug. (WB.) Benzelos hat sich heute Abend nach Griechenland eingeschifft.

Konstantinopel, 26. Aug. Havas. Es wird berichtet, daß bei Ismid ein Gefecht zwischen kommunistischen Streitkräften und englischen Truppen stattgefunden habe.

Heute legte er dem Hochstapler, als er ihn sich zum letztenmal hatte vorführen lassen, etwas unruhig die ihm lange auf den Lippen schwebenden Frage vor, ob er über die Verbrechen, die er im Laufe der Jahre verübt habe, zumal über seine letzten, mit so unglücklichen Folgen für viele gute Menschen verknüpften Handlungen, nicht Gewissensbisse und Reue empfinden und empfinden habe.

Niklas Görtli blickte eine Weile still vor sich hin, dann sah er dem Ankläger seltsam in die Augen und sagte, leicht den Kopf schüttelnd:

„Haben Sie noch nichts gehört von dem Blinde der bösen Tat? Mir stehen aus ihm meine stärksten, meine, wie ich glaube, unbegreiflichen Lebenskräfte. Ich glaube, eine den Anlagen entsprechende Tätigkeit verleiht den Nerven die geistreichste An- und Abspannung.“

Der abgekehrte, blasse Staatsanwalt sah dem wieder blühenden, selbst in der Gefangenschaft von Gesundheit strotzenden Angeklagten mit großen Augen gegenüber.

„Und niemals“, warf er, mit der Hand auf seinen Schreibtisch schlagend, fast mit Ingrimm ein, „niemals eine Stunde der Ernüchterung, der Enttäuschung, der energischen Abweisung allen Gaukelspiels, der ehrlichen Selbstbestimmung?“

Görtli lächelte fast mit Feinheit. Seine Gesichtszüge nahmen etwas ungemein Geistiges an, als er langsam sagte: „Sie werfen mir meine Sucht zu glänzen, zu blenden, vor, im Golde zu wühlen, im Lichtermeere von Juwelen zu wandeln, durch äußeren Schein zu täuschen, ohne innere Verdienste hohe Personen und Aufgaben vorzugeben? Bin ich damit nicht ein Kind meiner Zeit? der Welt? der Geschichte? So, wie ich bin, seid ihr alle! Ich halte euch einen Spiegel vor! Die Goldlebenshaft will euch die Sinne verwirren; wahrer eure Seelen und eure Vernunft! Nikolaus Görtli hat seine Mission.“

„Weshalb ätzen Sie nicht wieder Hamlet“, rief Doktor Sperl mit sarkastischem Spott, „weshalb seufzen Sie nicht, daß Sie zur Welt, die aus den Augen ist, kamen, um sie wieder einzurichten —? Schmach und Gram —!“

Der andere schien diese Ironie nicht zu hören und den seltsamen Anblick nicht zu gewahren, den der Staatsanwalt bot. Er sah an ihm eigentümlich vorbei nach der Türe und sagte mit erhobener Stimme: „Seit Jahrhunderten — seit Jahrtausenden in Welt und Geschichte immer nur Wastnurr-Gestalten, die vorzugeben werden! Fürsten und Briefler, der Soldat und Beamte, der Arzt und Gelehrte, Künstler und Kaufmann, alle geben sie vor, was sie in Wirklichkeit nicht sind.“

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Erinnerungen eines Mannheimer Bürgermeisters.

Der technische Bürgermeister.

Seit vielen Jahren schon betragen sich die Techniker über eine mangelnde Berücksichtigung der technisch vorgebildeten Beamten bei der eigentlichen Leitung der städtischen Verwaltung sowohl in den größeren Städten des Deutschen Reiches und Badens, als auch insbesondere in Mannheim. Sie forderten deswegen, daß wenigstens einer der Bürgermeister in den badischen Städten ein Techniker sein müsse, und sie konnten darauf hinweisen, daß man in Pforzheim und in Heidelberg, neuerdings auch in Karlsruhe diesem Verlangen auch entsprochen habe und daß sich die Verhältnisse dort zu allgemeiner Zufriedenheit entwickelt haben. Ich halte das Verlangen der Techniker, in größerem Maße als bisher an der verantwortlichen Leitung der Gemeindeverwaltung beteiligt zu sein, nicht nur für begründet, sondern auch für durchaus berechtigt. Die Technik spielt in der heutigen Städteverwaltung eine derart hervorragende Rolle, sie hat zu dem Auswachsen unserer Städte in solchem Maße beigetragen, daß es notwendig erscheint, ihren Vertretern auch in denjenigen Fragen einen maßgebenden Einfluß zu sichern, die nicht ausschließlich ihren eigenen Geschäftskreis betreffen. Daß die technischen Amtsvorstände in den zu ihrem Dienstzweig gehörenden Fragen schon jetzt einen sehr maßgebenden Einfluß haben, wird nicht bestritten werden. Es ist aber nicht genügend. Der Vertreter des Hochbauwesens z. B. muß nicht nur in den Fragen der Stadterweiterung und der Stadtpolizei, er muß auch in den Angelegenheiten der Schule, der Armenpflege und des Krankenhauses mitraten und mitbestimmen können, und die städtischen Kollegien müssen Gelegenheit haben, seine Meinung auch in denjenigen Fragen zu hören, die nicht unmittelbar mit dem Hochbau im Zusammenhang stehen, die aber in einer geordneten städtischen Verwaltung, in der die einzelnen Geschäftszweige wie das Kämmerwerk einer Uhr ineinander greifen, doch nicht losgerißt von den verschiedenen Gebieten der Technik behandelt werden können.

Wenn man sich auf diesen meiner Ansicht nach allein richtigen Standpunkt stellt, so wird man die Wahl eines Technikers zum Bürgermeister für eine sehr unbefriedigende Lösung der aufgeworfenen Frage ansehen müssen. Eine wirklich ausreichende Vertretung der Technik in der städt. Verwaltung kann nur dadurch erreicht werden, daß die Vorstände der hauptsächlichsten technischen Ämter als solche auch Mitglieder der leitenden Verwaltungsbehörde sind und unter dem Namen von Stadtbauräten wie auch der Stadtschulrat an allen Verhandlungen der städtischen Behörde mit Stimmrecht teilnehmen. In den größeren Städten Preußens und anderer Bundesstaaten ist diese Möglichkeit durch die Magistratsverfassung gegeben, und sie hat dort zu einem befriedigenden Verhältnis zwischen der Technik und der Stadtverwaltung geführt. In Baden besteht diese Möglichkeit zur Zeit noch nicht. Wenn in einer reaktionären Notiz des „Mannheimer General-Anzeigers“ vom 29. Juni d. J. Nr. 281 hervorgehoben ist, daß in Mannheim sich die Ansicht von der Notwendigkeit eines größeren Einflusses der Technik in der Stadtverwaltung noch nicht so allgemein in der Tat umgesetzt habe wie in München, wo man die Direktoren der städtischen Werke und die Leiter des Hoch- und Tiefbauamtes unter Vertretung des Oberbauamtsleiters zu berufsmäßigen Stadtbauräten berufen habe, so ist diese Bemerkung, insofern sie einen Vorwurf gegen die Stadtverwaltung enthalten soll, unberechtigt. In Mannheim besteht die Möglichkeit, von der man in München Gebrauch gemacht hat, nach den gesetzlichen Bestimmungen auch heute noch nicht, obwohl man ihre Notwendigkeit schon seit langer Zeit eingesehen hat.

Welches sind nun aber die Gründe, die meiner Ansicht nach gegen den technischen Bürgermeister geltend zu machen sind? Die technische Vorbildung ist an sich für einen künftigen Bürgermeister ebenso geeignet wie die juristische. Es kommt bei der Befeldung eines derartigen Vertrauenspostens überhaupt in erster Linie auf die Person, auf die Charaktereigenschaften, auf die Erfahrung in der Verwaltung und erst in zweiter Linie auf die Vorbildung an. Man hat heute schon tüchtige Bürgermeister mit der verschiedenartigsten Vorbildung mit vollem Erfolge ihr Amt verwaltet gesehen. Ich sage sogar noch weiter und sage, daß unter den heutigen Verhältnissen die reinlichste Beherrschung der Technik für die Oberbürgermeister unserer großen Städte von ganz besonderer Bedeutung ist. Die wichtigsten Fragen der Kommunalverwaltung, deren Behandlung der Oberbürgermeister in der Regel sich selbst vorbehält: die Stadterweiterung, die großen Projekte der Kanalisation, des Straßenbahnbauwesens und der Borsenbahnen, die Versorgung mit Gas, Wasser und elektrischem Strom, die Errichtung besonders wichtiger Bauten, sind in der Hauptsache technische Fragen, und eingehende technische Kenntnisse erleichtern daher dem Oberbürgermeister sein Amt ganz außerordentlich. Das Hauptgewicht wird natürlich gerade bei der Beilegung dieser verantwortungsvollen, für das Wohl der Gemeinde geradezu entscheidenden Postens auf die Person des Kandidaten, auf den ruhigen, festen, entschlossenen Charakter, auf die Erfahrung in Finanzfragen und in den sonstigen Ämtern der Verwaltung zu

legen sein. Wenn diese Eigenschaften bei einem Techniker vorhanden sind, so kann der Besitz gründlicher technischer Kenntnisse nur einen weiteren sehr schwerwiegenden Vorzug des Kandidaten bilden.

Für die anderen Bürgermeisterposten unserer badischen Städte kommt meiner Ansicht nach der Techniker weniger in Betracht, und gar nicht dürfte er auf demjenigen Posten am Platze sein, dem nach der heute bestehenden Ordnung die Vertretung unserer technischen Ämter im Stadtrat und Bürgerversammlung übertragen ist. Wir besitzen in unseren technischen Amtsvorständen hervorragende Sachverständige, welche für die ihnen anvertrauten Werke und Geschäftskreise in erster Linie die volle Verantwortung tragen sollen und tragen, und deren Rat und Urteil in allen wichtigen Fragen ein entscheidendes Gewicht beizulegen ist. Sie kommen in ihrer Eigenschaft als die eigentlichen Sachverständigen auch im Stadtrat und Bürgerversammlung stets zu Worte. Können einen technischen Bürgermeister vorzuziehen, würde nur dazu beitragen, ihre Stellung herabzudrücken und könnte daher den Stand der Technik im allgemeinen durchaus nicht heben. Außerdem kann der Techniker nicht auf allen Gebieten der Technik als Sachverständiger gelten. Der Architekt versteht von der Gasversorgung in der Regel nicht mehr als der Jurist, der Maschineningenieur vom Straßenbau nicht mehr als ein Arzt oder Philosoph. Der technische Bürgermeister wird aber, wenn er wegen seiner Vorbildung gewählt ist, doch bestrebt sein, seine Eigenschaft als Sachverständiger auch zur Geltung zu bringen. Es wird dann nicht selten zu Meinungsverschiedenheiten und zu Meinungen kommen, deren Autorität untergraben wird, ohne daß der Sache daraus ein Nutzen erwächst. Die technischen Amtsvorstände werden auf dem ihnen anvertrauten Sondergebiet in der Regel doch in höherem Maße sachverständig sein als der technisch vorgebildete Bürgermeister. Als sich durch das auf Grund des § 33 der Städteordnung erlassene Ortsstatut neuerdings in Mannheim die Möglichkeit ergab, neben den Bürgermeistern besondere Stadträte zu wählen und als dadurch die Wahl eines Technikers zum beabsichtigten Stadtrat ermöglicht wurde, hat man daher diesem Stadtrat wohlwollend nicht die Vertretung der technischen Ämter übertragen, sondern andere Verwaltungsgebiete, auf denen die technische Vorbildung gleichfalls sehr wohl zur Geltung kommen kann. Auf den meisten anderen Gebieten der städtischen Verwaltung: dem Armenwesen, dem Schulwesen, der sozialen Fürsorge usw. wird die juristische Vorbildung dem Amtsinhaber die Ausführung wohl mehr erleichtern als die technische, wenngleich auch hier jede andere Vorbildung neben der juristischen in Frage kommen kann. Die Wahl eines Technikers zum beabsichtigten Stadtrat kann natürlich den berechtigten Ansprüchen der technischen Beamten keineswegs genügen, zumal der beabsichtigte Stadtrat nur auf eine jährliche Wahlperiode zu seinem Amt berufen werden kann, so daß unsere lebenslanglich angestellten Stadtbauräte für einen solchen Posten ebenfalls in Betracht kämen.

Eine glückliche Lösung dieser ebenso schwierigen wie wichtigen Frage kann nur auf dem Wege gefunden werden, den man in Preußen und in anderen Bundesstaaten mit dem besten Erfolge eingeschlagen hat: die Stadtbauräte müssen vollberechtigte Mitglieder der leitenden Verwaltungsbehörde, des Magistrats oder des Magistrats, sein. Ein Schritt zu diesem Wege bietet sich in den Bestimmungen des Entwurfs zu einer neuen Städteordnung, wie er von dem Stadtrat Mannheim und unserem Oberbürgermeister Dr. Kuper aufgestellt und dem Ministerium des Innern vorgelegt worden ist. Danach soll der Stadtrat aus dem Oberbürgermeister, aus einer durch Gemeinderäte bestimmten Anzahl von beabsichtigten Beigeordneten und, soweit die Gemeindefassung dies bestimmt, auch aus ehrenamtlich Beigeordneten, sowie ferner aus einer Anzahl von ehrenamtlich tätigen Stadträten bestehen. Die Beigeordneten sind Stellvertreter des Oberbürgermeisters nach einer bestimmten Reihenfolge; sie befragen die ihnen zugewiesenen Geschäfte und Geschäftszweige der städtischen Verwaltung und haben Stimmrecht im Stadtrat. Die Wahl der Beigeordneten soll wie die des Oberbürgermeisters auf 12 Jahre erfolgen. Im Falle der Nichtwiederwahl hat der Beigeordnete Anspruch auf Ruhestand und Hinterbliebenenversorgung nach den Bestimmungen des Dienstvertrages; der Ruhestand muß in diesem Falle mindestens die Hälfte des Gehalts betragen. Wenn diese Bestimmungen des Entwurfs Annahme finden sollten, so können die technischen Amtsvorstände zu Beigeordneten und Stellvertretern des Oberbürgermeisters unter Bedingungen gewählt werden, gegen deren Annahme sie keine berechtigten Einwendungen geltend machen könnten. Bis zu einer solchen Regelung kann die Technik auf eine sichere Vertretung im Stadtrat nur durch die Wahl eines Technikers zum Bürgermeister oder zum beabsichtigten Stadtrat rechnen. Bei der für die Wahl in den Stadtrat geltenden Verhältniswahl ist die Vertretung einer bestimmten Berufsgruppe im Stadtrat nach dem Verhältnis der Stimmzahl zu bestimmen. Heute befindet sich unter den ehrenamtlichen Stadträten nur ein Techniker; sollte dieser aus irgend einem Grunde auscheiden, so würde auch an seine Stelle ein Nichttechniker treten. Früher waren in der Regel wenigstens 3 Techniker im Stadtrat. Auch die Rechtswissenschaft hat inwieweit der Verhältnismäßig keine Vertretung mehr unter den Stadträten gefunden. Dieser Zustand bedarf, namentlich soweit die Technik in Betracht kommt, dringend einer Abhilfe.

Es lohnt sich aber auch den Gründen nachzuführen, warum unter den Bürgermeistern der badischen Städte sich vornehmlich

so viele Juristen befinden, so daß dadurch die Erforschung der anderen Berufsgruppen hervorgerufen werden ist. Daß eine besondere Vorliebe für die Rechtswissenschaft und ihre Vertreter die Ursache ist, wird niemand glauben. Im Gegenteil ist ein Vorurteil gegen sie weit verbreitet, und es gilt heute keineswegs als nur metaphysische Weisheit, daß sich Gesetz und Recht wie eine ewige Krankheit forterben und daß von dem Rechte, das mit uns geboren, leider nie die Frage ist. Wenn dennoch immer wieder hauptsächlich Juristen zu Bürgermeistern gewählt werden, so ist die hauptsächlichste Ursache zweifellos die, daß sich die in Frage kommenden Kandidaten im Verwaltungsdienst des Staates lange auf dem gleichen Gebiete bewährt haben, das sie im Dienst der Gemeinde bearbeiten sollen, und daß ihnen eine reiche Erfahrung in der formalen Geschäftsbehandlung zu Gebote steht, welche die Tätigkeit des Bürgermeisters in hohem Grade erleichtert. Eine tiefer liegende Ursache aber wird darin zu erblicken sein, daß den Erfahrungen des Richters und des Verwaltungsbeamten die ausgleichende, vermittelnde und schlichtende Tätigkeit am nächsten liegt, die bei der heutigen Parteiverkettung für ein erfolgreiches Wirken des Bürgermeisters die unentbehrliche Voraussetzung ist. Außerdem können in der Gemeindeverwaltung ausreichende und auf gründlichen Studien beruhende Kenntnisse des Rechts und des Gesetzes natürlich nicht entbehrt werden. Das ist auch in dem Mannheimer Entwurf der Städteordnung dadurch zum Ausdruck gekommen, daß in dem § 23 bestimmt ist, einer der beabsichtigten Beigeordneten müsse die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst in einem deutschen Bundesstaat erworben haben, falls nicht der Oberbürgermeister diese Befähigung besitzt. Die heutige Gemeindeverwaltung erstreckt sich auf so viele verschiedenartige Gebiete und erfordert auf allen diesen Gebieten umfassende Kenntnisse und Erfahrungen. Vertreter der Rechtswissenschaft, der Philosophie, des Schulwesens sind in ihr ebenso unentbehrlich wie die Männer und Frauen des wertvollen Bürgerturns und der Arbeiterkraft. Nur das Zusammenwirken aller dieser Kreise sichert der Gemeinde eine ihren Bedürfnissen nach möglichst entsprechende Vertretung. Daß aber namentlich auch die Vertreter der Technik in diesem Kreise nicht entbehrt werden können, sollte heute nicht mehr bestritten werden. Ihnen durch eine neue Städteordnung den ihnen zukommenden Platz zu sichern, wird eine wichtige Aufgabe unserer Volksvertretung sein.

Darmstadt, im August 1920.

D. E. v. Hollander.

Bürgerausschussvorlagen.

Die nächste Sitzung des Bürgerausschusses findet am Dienstag, den 7. September, nachmittags 3½ Uhr, mit einer 11 Punkte umfassenden Tagesordnung statt. Wir beginnen bei der Besprechung der Vorlagen mit der stadtlichen Begründung mit dem

Strassenbahntarif,

dessen abermalige Erhöhung in der Bürgererschaft so überaus unangenehme Empfindungen erweckt hat. Nach dem Beschluß des Stadtrates vom 8. September des Jahres 1918, bei dem die Einzelstrecken, den Streckenarten und Wochenfahrkarten die untere Tarifstufe von 1—3 Teilstrecken in Wegfall kommen. Die bisherigen Preise für 4 und 5 Teilstrecken werden Mindestpreise. Zur Begründung der Vorlage wird folgendes ausgeführt:

Der vom Strassenbahnamt vorgelegte Entwurf des Voranschlags 1920/21 schloß mit einem Reibbetrag von 8 253 000 Mk. ab. Die Strassenbahnkommission hat den Voranschlag in 2 Sitzungen auf das Sorgfältigste durchgesehen und durch Erhöhung der Einnahmen und Verminderung der Ausgaben den Reibbetrag auf 8 270 000 Mk. herabgesetzt. Dieser Betrag kann, da allgemeine Steuern nicht mehr zur Verfügung stehen, nur aus einer Erhöhung der Fahrgeldeinnahmen gedeckt werden. Es ist in der heutigen Zeit des Preisabwärtens kein leichter Entschluß, den Strassenbahntarif von neuem hinaufzusetzen, doch bleibt keine andere Möglichkeit, da die Strassenbahn in der Zeit, in der die Preise für alle Gegenstände des täglichen Bedarfs zum großen Teil ins Ungemeine gestiegen u. dadurch hohe Gewinne erzielt wurden, immer nur das Entgelt nahm, das zur Deckung der Selbstkosten voraussichtlich notwendig war. In Wirklichkeit wurde aber nicht einmal die vollständige Deckung der Selbstkosten erzielt, weil die erhöhten Einnahmen aus der Tarifänderung in der Regel erst eintreten, nachdem schon monatelang die erhöhten Ausgaben geleistet waren. Es schloß auch das letzte Betriebsjahr mit einem — damals noch aus allgemeinen Steuern gedeckten — Reibbetrag von mehreren Millionen Mark ab. Immerhin wird bei der jetzigen Tarifänderung auf die allgemeinen Verhältnisse weitgehende Rücksicht zu nehmen sein. Es wird vermieden werden müssen, daß diejenigen, die auf die Benutzung der Strassenbahn unbedingt angewiesen sind, vor allem also die Bewohner der Vororte, noch stärker belastet werden. Deshalb scheint es das Richtige, die bei der letzten Tarifänderung geschaffene untere Tarifstufe von 1—3 Teilstrecken wieder aufzugeben, so daß die untere Tarifstufe sich, wie vorher, auf 1—5 Teilstrecken niederzieht. Dadurch der jetzige Preis für 5 Teilstrecken niedriger Tarif ist.

Es ist nicht zu verkennen, daß eine solche Einschränkung des

Weikersheim.

Als Bodo Ebbard einige Jahre vor Kriegsbeginn eine seiner Wagnersfahrten ins hohelohsche Land unternahm, ist die Aufmerksamkeit dieser Kunstfreunde auf die zahlreichen kleinen Städte und Städtchen im württembergischen Francken gelenkt worden, denen das hohelohsche Fürstentum ein besonderes Gepräge verliehen hat. Alle jene kleinen ehemaligen Residenzen haben ihr Schloß: Langenburg, Döhringen, Barmenstein, Neuenstein, Waldenburg, Angelfingen, Kupperzell. Die Schlösser beherrschten nicht nur das Bild einer idyllischen Landschaft, sie sind, zum Teil wenigstens, kunsthistorisch und architektonisch wertvoll, und in ihnen sind Kunstschätze aller Art aus diesen Jahrhunderten angehäuft. Der Zwang zu weiten Reisen zu verzichten, und die Notwendigkeit, im Lande zu bleiben, hat manchen in den letzten Jahren ins hohelohsche Land geführt, das viele begeisterte Freunde gefunden hat.

Der weitaus schönste und großartigste Sitz der hohelohsche ist das Schloß in Weikersheim, einem alten freundlichen Landstädtchen des Franckenlandes, das weiter östlich als die obengenannten in einem lieblichen Taltefließ liegt, den die Tauber mit zwei kleinen Bächen bildet. In Weikersheim stand die Wiege der hohelohsche. Ihr mächtig-holzges und dabei in keiner Hinsicht verträumt daliegendes Fürstenschloß, ein Bau von gewaltiger Pracht und Schönheit, verleiht Weikersheim heute noch zum landchaftlichen Reiz den typischen Charakter der Kleinodresidenzen vergangener Jahrhunderte. Zwar ist das Städtchen älter als die hohelohsche Herrschaft — 887 wird es erstmals als Schenkung eines Grafen an das Kloster Fulda urkundlich genannt. Die heutige Bauweise geht aber auf einen Grafen Wolfgang zu hoheloh zurück, der auch 1599—1610 den Hauptteil des Schloßes aufwies ließ. Bis 1793 ist Weikersheim Residenz geblieben, dann fiel es an die Langensburger Linie, der das Schloß noch heute gehört.

Ein ungewöhnlich schön angelegter und sorgsam gepflegter Parkplatz, umgeben von silbernen alten Kastanienbäumen, ist der Mittelpunkt der kleinen Stadt. An der einen Seite schließt ihn die 1419 erbaute Stadtkirche ab. Ihr gegenüber liegen die reizvoll in Bögen geführten, einseitigen Erdarbeiten der alten Schloßmauer. Durch ein von Figuren und Pilastern reich gezierter Freitort geht es am ehemals 1680—84 erbauten Lormarterturm vorbei, wenige Schritte durch das Tor des Parkalles, das mit einem prächtigen Allianzwappen der hohelohsche und der Palzgrafen geschmückt ist, in den Schloßhof.

Das Schloß besteht aus einem älteren und einem späteren Teil. Jener, der vermutlich auf den Grundmauern einer alten Wasserburg steht, reicht bis zu dem gemauerten Schloßturm, wo der neuere mit mächtigen Renaissancegebälben gekrönte Bau beginnt. Kostbarkeiten von unerschöpfbarem Wert und riesiger Schönheit, Gegenstände aus allen Kulturepochen und Bestandsrichtungen von der Renaissance bis zum Wiedererleben bergen die üppigen, heute noch von der Familie hoheloh-Palzenburg zeitweise bewohnten Räume. Wüchertopfen und Seidenpannen aus dem Jahre 1693 sichern die Wände einzelner Zimmer. Tür- und Fensterrahmen sind vielfach kunstvoll bemalt. Andere Räume sind mit gemalten Vedertapeten bekleidet, die Wände des Zimmers der Fürstin sind mit einer eigen-

artigen Frühphototypie von 1734 bezogen. Eine Menge kostbarer Stücke chinesischer und japanischer Porzellans haben ein Alter von 250 Jahren. Die Möbelstücke, unter denen Barockkommoden von ungewöhnlicher Schönheit auffallen, lassen sich nicht beschreiben. Als besondere Prachtstücke fallen beispielsweise eine Uhr aus Ebenholz mit Silberauflage, ein in Silber getriebener Allianzwanne, ein Spiegel aus dem Jahre 1711 auf. Die große Mehrzahl der Ausstattungstücke sind von einheimischen Handwerkerarbeiten gefertigt; üppige alte Lehnstühle mit Kreuzschlitzereien bezogen, die fürstliche Damen gearbeitet haben, zeugen dafür, daß die Bewohner nicht nur Räume waren, sondern auch selber die Einrichtung veranlaßten. Das Prunkstück des Schloßes ist der große Rittersaal, einer der schönsten Renaissancehöfe Deutschlands. Durch ein Prunkportal mit Dreiecksgiebel tritt man ein. Am Saalende befindet sich ein riesenhafter, kunstreicher Kamin mit Kalksteinarbeiten auf beiden Seiten mit dem Stammbaum der hohelohsche geschmückt. An den Längswänden ist die Jagd durch Tiergeheulen aller Art in halbreife verfinstlicht. Die Decke, von einem mächtigen Hängeleuchter ohne alle Stützen getragen, ist 1596 von dem Baumeister Elias Gungenhüter konstruiert. Sie ist in Teilschichten mit Jagdfiguren von einem Waler Seefried aus Nürnberg in ihrer ganzen Fläche bemalt. Der unteren Teil der Seitenwände schmücken lebensgroße Familienporträts. Die Gesamtwirkung dieses Rittersaales ist grandios.

Ebenfalls prächtig angelegt ist der anschließende Hofgarten, der vom Saal aus über die Schloßterrasse hinweg vor dem Beschauer liegt. Auf der Balustrade der Terrasse stehen Statuen mit Kapitulen aus dem Hofdienst aus der Zeit von 1709—1724. Durch eine 200 Jahre alte Kastanienallee führt der Weg zur Orangereie.

Die Schönheit und Pracht des Weikersheimer Schloßes sind hiermit nur angedeutet. Eine in ihrer Unaufrichtigkeit und Zurückhaltung vorbildliche Kastellanin gibt dem Besuchenden gerne und gefällig Auskunft über jedes Bild und jedes Möbelstück. Den, der still genießen will, stört sie nicht. Weikersheim ist in etwa 20 Minuten Fahrzeit von Bad Mergentheim aus zu erreichen. Auch das Städtchen selbst bietet in seinen Häusern und Gassen, Winkeln und Türmen viel reizvolles und anziehendes. Wer einmal abseits der großen Straße deutsche Kunst und Kultur vergangener Zeiten genießen will, der sehe sich Weikersheim und sein Schloß an. F.Wk.

Vermischtes.

Der Kampf um Einstein. Dienstag abend erbrannte in Berlin in der Philharmonie der Kampf um Einstein. Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Naturforscher zur Erhaltung reiner Wissenschaft hatte geladen. Der Anwesen war höchlich und hatte mit Wissenschaft nichts zu tun, weder mit „reiner“ noch mit „einer“. Am Tore wurden Hakenkreuze verkauft — solche, die man an die Rockklappe stecken konnte. Der erste Vortrag des Herrn Weiland wachte auf diesem Empfinden. Er vertrat eine wissenschaftliche Bekämpfung der Relativitätstheorie und machte fortwährend zur Sache gerufen werden. Die höchst „lachliche“ Entgegnung des Vortragenden war die Versicherung, daß man auf solche Zwischenrufe achtlos sei und Vorlesung getroffen hätte, unlesbare Schemata an die Luft zu

sehen. Jedenfalls auch eine Methode, um wissenschaftliche Fragen glatt zu lösen!

Doch genug von diesem Schmutz, der schließlich in persönlichen Angriffen des höchsten leistete. Der nachfolgende Redner, Prof. Geertz, ein in der physikalischen Welt anerkannter Forscher, hatte nach dieser ihm schmerzhaften Einleitung schließlich mit Besonnenheit zu kämpfen. Bald aber festigte sich seine Stimme und er brachte in wohlweislich ruhiger Weise seine Gedanken gegen die Relativitätstheorie vor. Die Widersprüche dieser Theorie sind nach Geertz nur zu lösen, wenn wir uns auf den Standpunkt eines physikalischen Solipsismus stellen und behaupten, daß jeder Mensch in seiner eigenen Welt lebt, die mit der des anderen gar nichts zu tun hat. Die Schwierigkeiten, welche die Relativitätstheorie unserem Denken bereitet, liegen wohl darin, daß wir immer und immer wieder unter gefühlsmäßigen „Erfahrungen“ mit dem erst definierten „Zeitmaß“ Einsteins verwechseln. Die Einwendungen Geertz gegen die Relativitätstheorie sind ebenfalls von dieser „erlebten“ Zeit aus, die mit dem physikalisch definierten Zeitmaß nichts zu tun hat — und können darum nicht schlagend genannt werden. Ueber den Ausfall der experimentellen Prüfung der Theorie wurde etwas einseitig berichtet. Die Akten sind hier noch nicht geschlossen. Den Stimmen gegen Einstein stehen ebenso gewichtige für Einstein gegenüber. Erst die Zeit wird lehren, ob Einsteins Theorie die experimentelle Feuerprobe wirklich besteht.

Kleine Mitteilungen.

Preissturz auf dem Büchermarkt? Nichts ist gewisser, so schreibt Georg Müllers „Revue Nachrichten“, die Reichsbrief des Verlags Georg Müller in München, als daß die Hoffnungen trügerisch ist, die Bücher würden billiger werden. Diese Hoffnungen werden sich nicht erfüllen aus dem einfachen Grund, weil sie noch gar nicht teuer genug sind. Das man, so heißt es da, nicht unwichtig, beinahe unendlich klugen, ist aber wirklich so. Schließlich kann sich jeder selbst die Rechnung machen. Die Papiermarkt hat heute nach Valutastand die Kaufkraft von 10 Btg., ein Roman kostet aber heute nicht das Fehlfache, sondern ungefähr das Vier- bis Fünffache des Friedenspreises, dies ist nur dadurch möglich, daß die Bücher, die sich jetzt auf dem Markt befinden, größtenteils auf Papier gedruckt sind, das im Herbst 1919 eingekauft worden ist. Seitdem sind die Papierpreise aber wieder um das Drei- bis Vierfache gestiegen (ein halbes Pfund Papier kostet jetzt das Vierfache, ein halbes Pfund Papier das Fünffache des Friedenspreises des Jahres 1914). Das Papier ist dem Buch gegenüber Halbprodukt, darum ist es unvermeidlich, daß die Preisstürze des Fertigerproduktes Buch der Preisstürze des Papiers nachhinkt. Darum kann man an der Bewegung des Papierpreises unmittelbar ablesen, was uns auf dem Büchermarkt bevorsteht: daß wir für den Winter 1920 mit Bücherpreisen zu rechnen haben, die mindestens das Achtfache des Friedenspreises darstellen. Ein einziger Trost bleibt dem Verleger: die Gemächheit, daß das Buch trotz allem immer noch relativ billiger ist als alles, was man sonst kaufen oder schenken kann.

Ein Haus für ein Buch. Wenn wir heute über die hohen Bücherpreise klagen, so können wir uns damit trösten, daß in vergangenen Zeiten Bücher noch viel teurer bezahlt wurden. Wie im „Grundbesitzer Antiquar“ erzählt wird, mußte Anton von

